

FDP

Die Liberalen Stadt Bern

Thematische Schwerpunkte

modern

frei

ökologische Wirtschaft

Gemeinsinn

freiheitlich

nachhaltige Innovation

möglichmachen

für und miteinander

menschlich

liberal

fair

respektvoll

wirtschaftsfreundlich

integrativ

kompromissfähig

freiheitsliebend

lösungsorientiert



Inhalt

1.	Einleitung	2
2.	Was heisst liberal?	4
3.	Wirtschaft und Arbeit	6
4.	Bildung, Sport und Freizeit	8
5.	Finanzen	10
6.	Verkehr	12
7.	Planung, Energie und Umwelt	14
8.	Digitalisierung	16
9.	Politik für Menschen, die vorwärtskommen wollen	18

1. Einleitung

So paradox es klingen mag: Der Freisinn ist der Sehnsuchtsort der Schweizer Politik. Von den Grünen bis zur SVP kritisieren alle Parteien zwar leidenschaftlich gerne die FDP, die von der Europa- bis zur Umweltpolitik an allem schuld sein soll, was in diesem Land nicht gelingt. Aber gleichzeitig berufen sich alle Parteien von den Grünen bis weit in die SVP hinein gerne und oft auf die Gründerinnen und Gründer des Bundesstaats im Jahre 1848. Und nehmen für sich in Anspruch, im Grunde die wahren Freisinnigen zu sein. Einzige Ausnahme sind, oder besser waren, die Katholisch-Konservativen als «historische Feindin» des Freisinns. Doch nun, wo sich die CVP in der Mitte aufgelöst hat, werden sich auch die ehemaligen Christdemokraten mehr und mehr in die Reihen derjenigen einordnen, die die zentralen Werte unseres Bundesstaates schon immer verteidigt haben wollen.

Sehnsuchtsort ist der Freisinn auch für die Medien. Von der «Weltwoche» über die «NZZ» und die «Tamedia»-Blätter (inklusive «Bund» und «BZ») bis zu «Republik» und «WoZ» befassen sich die Zeitungen mit keiner Partei so obsessiv wie mit der FDP. Die Journalistinnen und Journalisten wissen, woran die FDP krankt und wie sich aufstellen müsste, um wieder Erfolg zu haben. Je nach Couleur der Blätter und ihrer Schreibenden fallen sowohl die Analysen als auch die Rezepte allerdings recht unterschiedlich aus.

Immer weniger Sehnsuchtsort sind die Freisinnig-Liberalen hingegen für Wählerinnen und Wähler. Nach einem kurzen Zwischenhoch rund um die nationalen Wahlen von 2015 verliert die FDP mit wenigen Ausnahmen auf allen drei Ebenen des Staates – kürzlich auch in der Stadt Bern, wo es ihr trotz Listenverbindung mit der SVP nicht gelungen ist, in die Stadtregierung zurückzukehren und wo im Stadtparlament sowohl ihr Stimmenanteil als auch die Zahl ihrer Sitze weiter gesunken sind.

Diesen Trend gilt es kurzfristig zu stoppen und mittel-/langfristig umzukehren. Mit welchen Themen und Positionen die FDP diese Trendwende in der Stadt Bern realisieren will, soll dieses Dokument aufzeigen. Es geht dabei nicht um die städtische Tagespolitik, die die Fraktion im Stadtrat in Absprache mit der Parteileitung koordinieren und führen soll. Vielmehr definiert das Dokument die «grossen» Themen, in den sich die FDP mit liberalen Positionen profilieren kann und soll. Wo nötig und sinnvoll, zeigt das Dokument freisinnige Positionen über die lokale Dimension hinaus an, positioniert die städtische FDP auch in kantonalen und/oder nationalen Fragen.

Nebst konkreten Positionen und Forderungen soll das Dokument auch freisinnig-liberalen Geist atmen, Aufbruch vermitteln und Optimismus verbreiten. Auf den kürzesten Nenner gebracht, sollen Wählerinnen und Wähler die FDP als diejenige Partei wahrnehmen, die für Fortschritt steht – gesellschaftlich, wirtschaftlich und ökologisch, in der Stadt, im Kanton und auf Bundesebene. Wer Sehnsucht nach Fortschritt für dieses Land und seine Bevölkerung hat, soll FDP wählen. Denn sie macht es möglich, dass dieser Fortschritt allen offen steht, die erfolgreich sein und die Chancen nutzen wollen, die ihnen dieses Land, dieser Kanton und diese Stadt bieten.

2. Was heisst liberal?

Die FDP ist die liberale Partei in der Stadt Bern. Doch was heisst «liberal» in einer Zeit, in der von weit links bis weit rechts alle irgendwie liberal sein wollen? Und in der der Freisinn vor allem von Links-Grün als «wirtschaftsliberal», also als einseitig den Interessen der Wirtschaft verpflichtet kritisiert wird?

Sind wir also «wirtschaftsliberal»? Selbstverständlich sind wir «wirtschaftsliberal»! Weil für uns die (soziale) Marktwirtschaft unabdingbare Voraussetzung für das Wohlergehen dieses Landes und seiner Bevölkerung ist. Und weil wir unter «die Wirtschaft» nicht eine abgehobene und egoistische Kaste von Managern verstehen, sondern die Gesamtheit von grossen, mittleren und kleinen Firmen, von Unternehmerinnen sowie von Werktätigen, die sich tagtäglich für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz einsetzen. Genauso wenig, wie es in unserer direkten Demokratie eine «Classe politique» gibt, die an den Interessen der Bevölkerung vorbei politisiert, gibt es «die Wirtschaft», die bloss für sich schaut und nicht für die Interessen des ganzen Landes.

Deshalb sind wir mit Überzeugung «wirtschaftsliberal». Aber wir sind auch «gesellschaftsliberal». Und «ökoliberal». Und «sozialliberal». Und und und. Weil Liberalismus ein umfassendes und unteilbares Konzept ist. Die FDP tritt für liberale Lösungen in allen Politikfeldern ein – von der Wirtschafts- über die Sozial- und Gesellschafts- bis zur Umweltpolitik. Im Zentrum dieser Lösungen steht stets die individuelle Freiheit als unabdingbare Voraussetzung für Demokratie, Wohlstand und Fortschritt. Die individuelle Freiheit soll aber nicht zu Lasten von anderen Individuen oder der Allgemeinheit gehen. Deshalb akzeptieren wir Liberalen auch Regeln für das Zusammenleben: Fundamental ist insbesondere der Rechtsstaat, der die grundlegenden Freiheiten sichert. Notwendig ist zudem eine – wenn auch möglichst zurückhaltende – staatliche Regulierung. Und schliesslich ist die Freiheit unabdingbar mit der Verantwortung verknüpft. Im materiell-rechtlichen Sinn gilt dabei das Prinzip der Haftung, im moralischen Sinn dasjenige der Selbstverantwortung.

Konkret heisst das:

- Freisinnige Politik ermöglicht Chancengleichheit im Sinne von gleichen Voraussetzungen für alle. Wir schaffen ein starkes Bildungswesen, das alle Menschen befähigt, ihren Weg zu gehen. Der freisinnige Staat schafft seinen Bürgerinnen und Bürgern den Rahmen, in dem sie ihr Glück finden können. Er zwingt sie aber nicht zu ihrem Glück.
- Freisinnige Politik garantiert grundlegende Freiheitsrechte wie die Meinungsäusserungsfreiheit, die Eigentumsgarantie, die Wirtschaftsfreiheit, den Schutz der Privatsphäre usw.
- Freisinnige Politik reduziert Verbote und Gebote auf das Minimum und baut bürokratische Hürden ab. Sie schafft Raum für Kreativität und Eigeninitiative, statt diese zu ersticken. Dabei setzt sie auf Anreize und auf das Verursacherprinzip.
- Freisinnige Politik glaubt an Fortschritt, Entwicklung und Innovation. Sie kennt keine Denk- und Forschungsverbote.
- Freisinnige Politik übernimmt Verantwortung für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Zukunft und schafft damit die Lebensgrundlage für die kommenden Generationen.
- Der freisinnige Staat hat einen starken Service public und leistungsfähige Infrastrukturen. Er muss jedoch nicht alle Leistungen selber erbringen und nicht alle Unternehmen mit öffentlichem Auftrag selber besitzen. Wo immer möglich setzt er auf Private Public Partnership (PPP).

3. Wirtschaft und Arbeit

Bern ist nicht nur die linkste Stadt der Schweiz, sie gehört auch zu den wirtschaftsfeindlichsten. Die Wirtschaftsförderung hat für die linksgrüne Mehrheit absolut keine Priorität und ist ein einziges Trauerspiel. Während das (Klein)Gewerbe mehr und mehr aus der Stadt verschwindet, kommt es kaum zur Ansiedlung von grösseren Unternehmen. Es fehlt aber nicht nur an einer wirtschaftlichen Standortförderung, sondern auch an einer einigermaßen tauglichen Kongress- und Eventinfrastruktur. (Gross)Anlässe, mit denen Bern national und international von sich reden machen könnte, sind für Rotgrün des Teufels – zumal wenn sie auch nur ansatzweise kommerziellen Charakter haben. In einem Kanton, der seit jeher mehr territorial als industriell gedacht und gehandelt hat, ist diese Haltung umso fataler für die wirtschaftliche Entwicklung.

Oft wird geltend gemacht, die Verwaltungen von Stadt, Kanton und Bund nähmen zu viel Platz ein und verhinderten eine stärkere (privat)wirtschaftliche Entwicklung Berns. Doch das ist letztlich nur ein vorgeschobenes Argument, um die Selbstzufriedenheit der durchverwalteten «Beamtenstadt» sowie die Aversion gegen die freie Marktwirtschaft zu kaschieren.

Was ist dagegen zu tun? Erstens muss Bern die gehäufte Anwesenheit von Verwaltungen als Chance nutzen. Bern kann sich als Politstandort profilieren und dank der zentralen Lage gleichzeitig auch als Bindeglied zwischen dem internationalen Genf und der Wirtschaftsmetropole Zürich. «Politlaborstadt» statt «Beamtenstadt» muss das Ziel sein: Bern soll Start-ups anziehen und fördern, die sich mit moderner und digitaler Verwaltung befassen oder auch die Zukunft der (direkten) Demokratie entwerfen. Zweitens gibt es genügend internationale Beispiele, die zeigen, dass sich die hauptstädtische Verwaltung und ein innovativer Wirtschaftsstandort nicht ausschliessen müssen. Dazu braucht es eine Politik, die ermöglicht statt verbietet, die Unternehmertum ebenso zulässt wie Freiräume für Kreativität, die moderne Infrastrukturen wie etwa das schnelle Internet fördert statt behindert. Eine Politik zudem, die auf die Bedürfnisse von Familien eingeht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert.

Eine liberale und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ist umso wichtiger, als die Auswirkungen der Pandemie noch längst nicht ausgestanden sind. Vor allem die Gastro-, Event- und Kulturbranche müssen den nötigen Freiraum erhalten, um wieder auf die Beine zu kommen und sich aus der Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsprogrammen zu lösen.

Was die FDP möglich macht:

- Eine Standort- und Wirtschaftsförderung, die Unternehmen anzieht statt abschreckt. Leerstehende oder freiwerdende Verwaltungsgebäude (Bsp. Schermenweg) sind konsequent dafür einzusetzen – als Sitz für Firmen, als Hub für Start-ups oder als Co-Working-Space.
- Unternehmerischen Freiraum sowohl für das traditionelle Gewerbe als auch für die Kreativwirtschaft.
- Attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor.
- Attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern – mit vielfältigen Lösungen, die den individuellen Bedürfnissen von Eltern und Kindern Rechnung tragen.
- Bern als führende «Politlaborstadt» der Schweiz.
- Eine Kongress- und Eventinfrastruktur für kommerzielle und nicht-kommerzielle (Gross)Anlässe.

4. Bildung, Sport und Freizeit

Bildung ist die unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige und resiliente Gesellschaft. Mit einer starken obligatorischen Schule legen Kantone und Gemeinden die Basis für unser Bildungswesen. Dazu gehören die vorschulische Förderung in Kitas und flächendeckende Tagesschulen. Während die Kantone dabei für die «Software» zuständig sind (Ausbildung der Lehrkräfte, Lehrplan, Lehrmittel etc.), haben sich die Gemeinden um die «Hardware» zu kümmern, also insbesondere um die Schulhäuser und deren Ausstattung. In dieser Hinsicht liegt in der Stadt Bern vieles im Argen. Aufgrund falscher finanzpolitischer Prioritäten hat die linksgrüne Mehrheit den Um- und Ausbau der Berner Schulhäuser systematisch vernachlässigt (siehe auch Kapitel «Finanzen»). Nicht viel besser steht es um den Zustand der Stadtberner Sport- und Freizeitanlagen. Dank freisinniger Initiative erhält Bern zwar endlich eine Schwimmhalle mit 50-Meter-Becken. Aber insgesamt stehen den zahlreichen Berner Sportvereinen viel zu wenig Indoor- und Outdoor-Trainingsplätze zur Verfügung. Dieser Mangel schmälert die Attraktivität dieser Vereine wesentlich, insbesondere für Jugendliche – mit negativen Folgen für die Gesundheit und die soziale Integration.

(Fach)Hochschulpolitik ist zwar Kantons- und Bundessache. Aber als Hochschulstandort nimmt die Stadt Bern in diesem Bereich trotzdem eine wichtige Position ein. Darin liegt ein bisher kaum ausgeschöpftes Potenzial für die Positionierung der Stadt Bern als nationales und internationales Bildungs- und Forschungszentrum. Als Standort dreier Verwaltungen wäre Bern etwa prädestiniert für Verwaltungswissenschaften und andere «politiknahe» Disziplinen. Zumindest könnte die Stadt bestehende diesbezügliche Aktivitäten besser vermarkten. Zu denken ist zum Beispiel an die international beachtete Tätigkeit der Bundeskanzlei im Bereich der mehrsprachigen Verwaltung und Gesetzgebung. An der Universität Bern lehren international renommierte Klima- und Umweltforscher. Als ideale Ergänzung dazu könnte die Berner Fachhochschule vermehrt entsprechende angewandte Forschung betreiben, sprich innovative Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels entwickeln. Auch wenn sich die Fachhochschulstandorte teilweise ausserhalb der Stadt befinden, könnte die Stadt von solchen Initiativen profitieren – zum Beispiel, weil im Umfeld solch angewandter Forschung innovative Start-ups entstehen können.

Was die FDP möglich macht:

- Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – insbesondere in modern ausgerüstete Schulhäuser, die den Schülerinnen und Schülern ein optimales Lernumfeld sowie genügend Raum für die schulexterne Betreuung bieten. Statt selber ebenso teure wie untaugliche Schulsoftware zu entwickeln, soll die Stadt Lehrkräfte und Lernende wirkungsvoll in der Erlangung digitaler Kompetenzen unterstützen.
- Bessere individuelle Förderung dank wieder eingeführten Halbklassen und einem dank Betreuungsgutschriften ausgebauten Angebot an Kitas und Tagesschulen.
- Investitionen in Sport- und Freizeitanlagen, sowohl indoor als auch outdoor – im Interesse der Stadtberner Vereine und zum Nutzen der ganzen Bevölkerung.
- Eine Wirtschafts- und Standortpolitik, die innovative Firmen anzieht und zukunfts-trächtige Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Schul- und Studien-abgängerinnen und -abgänger schafft.
- Bessere Valorisierung des Hochschulstandorts. Die FDP fördert verwaltungs- und politiknahe Forschungsdisziplinen. Und sie schafft eine Kongress- und Veranstaltungsinfrastruktur für den nationalen und internationalen Austausch in diesen Disziplinen.

5. Finanzen

Die Stadt Bern hat in den vergangenen Jahren über ihren Verhältnissen gelebt. Die Pandemie hat dies schonungslos offengelegt und sogar im rotgrünen Lager die Einsicht wachsen lassen, dass der Gürtel enger zu schnallen ist. Bloss entsprechen die bisherigen Vorschläge und Massnahmen keineswegs der Deklaration des Gemeinderats von einer nachhaltigen Finanzpolitik, bei der Ausgaben und Einnahmen auf längere Sicht im Gleichgewicht stehen sollen (siehe Medienmitteilung der FDP zum Budget 2022 des Gemeinderats). Die Beschlüsse des Stadtrates zum Budget haben die desolante Situation nicht verbessert, im Gegenteil. Noch immer setzt die rotgrüne Mehrheit auf Schulden zulasten der kommenden Generationen. Und sie ignoriert weiterhin den ebenso banalen und fundamentalen Grundsatz, dass jeder Franken, der ausgegeben wird, zuerst erwirtschaftet werden muss.

Für die FDP ist klar: Die Stadt Bern hat nicht ein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Und sie setzt bei den Ausgaben die falschen Prioritäten. Ebenso klar ist für die FDP, dass die Steuerbelastung in Bern schon hoch ist und dass höhere Steuern und Gebühren daher grundsätzlich abzulehnen sind. Die FDP tritt sowohl in der Stadt als auch im Kanton Bern klar für Steuersenkungen ein. Sie will die Finanzen aber nicht auf die Steuerfrage reduzieren, sondern den Akzent auf eine intelligente Ausgabenpolitik legen. Insbesondere will sie Raum schaffen für dringend benötigte Investitionen in Bildungs-, Freizeit- und Verkehrsinfrastrukturen. Im Interesse der kommenden Generationen will sie den finanzpolitischen Spielraum der Stadt erhalten respektive wieder schaffen. Zu erreichen ist dies mit einer systematischen Überprüfung städtischer Leistungen und einer anschliessenden Reduktion des Personalbestandes. Ein sogenanntes «Sparprogramm» darf sich nicht darauf beschränken, geplante aber noch gar nicht umgesetzte Massnahmen zu streichen.

Auf nationaler Ebene unterstützt die FDP die Rentenalter-Initiative der Jungfreisinnigen. Auf lokaler Ebene macht sie sich dafür stark, dass auch für die städtischen Angestellten grundsätzlich das Rentenalter 65 (respektive 66 bei einer allfälligen Annahme der Rentenalter-Initiative) gilt. Selbstverständlich bietet die FDP Hand für faire Frührentenlösungen für Mitarbeitende, die ein Leben lang körperlich anspruchsvolle Arbeit verrichten (Müllabfuhr, Reinigung etc.). Aber sie erachtet ein höheres

Rentenalter für das Gros der städtischen Angestellten als zumutbar, ja sogar als dringend angezeigt. Mittel- und langfristig entlastet diese Massnahme die Stadtkasse insbesondere bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das höhere Rentenalter ausserdem schlicht eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Was die FDP möglich macht:

- Die Stadt Bern investiert in ihre Infrastrukturen, insbesondere im Bildungs-, Freizeit- und Verkehrsbereich.
- Die Stadt Bern schafft attraktive Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau für den Mittelstand, statt mit teurem Geld Liegenschaften mit einem alleinigen Fokus auf Personen mit geringem Einkommen zu erwerben. Freisinnige Wohnbaupolitik zieht gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler an, die für höhere Einnahmen sorgen und mittelfristig Raum für dringend benötigte Steuersenkungen schaffen.
- Die Stadt Bern verkauft Liegenschaften, die sich für vergünstigten Wohnraum nicht eignen.
- Die Stadt Bern verzichtet auf Aufgaben, die Private ebenso gut oder gar effizienter erbringen können (Stadtgärtnerei, städtisches Weingut etc.).
- Die Stadt Bern erhält eine schlanke und effiziente Verwaltung.
- Die Stadt Bern verzichtet auf die pauschale Frühpensionierung ihrer Mitarbeitenden.

6. Verkehr

In der Pandemie und insbesondere im ersten Shutdown hat sich das Auto als absolut systemrelevantes Verkehrsmittel erwiesen. Rotgrüne Städte haben im Umfeld ihrer Spitäler Hunderte von Parkplätzen für das medizinische Personal schaffen müssen, damit das Gesundheitswesen nicht kollabiert ist. In einem Interview in «Das Magazin» sagte Daniel Lampart, der Chefökonom des Gewerkschaftsbunds, noch im März 2021, auf den Baustellen seien «fehlende Parkplätze ein Thema, da die Arbeiter jetzt in kleineren Gruppen anreisen und es entsprechend mehr Platz für Fahrzeuge braucht». Auf der anderen Seite ist unbestritten, dass sich der motorisierte Individualverkehr (MIV) in den dicht bebauten (Innen)Städten nicht schrankenlos ausbreiten kann, weil sonst permanente Staus mit den entsprechenden negativen Folgen für Umwelt und Lebensqualität drohten.

Gewisse Einschränkungen und Verkehrsberuhigungen dürfen daher auch für uns Freisinnige kein Tabu sein. Auch wir sind uns der Bedeutung eines gut ausgebauten Öffentlichen Verkehrs (ÖV) bewusst. Allerdings wenden wir uns entschieden gegen eine Politik, die einseitig nur das Auto als Sündenbock für alle Probleme hinstellt. An gewissen städtischen Lagen ist längst nicht mehr der MIV der Verursacher von Konflikten, sondern die Ballung von ÖV, Velos und Fussgängerinnen auf engstem Raum. Exemplarisch dafür ist etwa die Passage Kornhausplatz-Zytglogge-Theaterplatz.

Freisinnige Verkehrspolitik setzt daher auf ein intelligentes Nebeneinander statt auf Gegeneinander. Zu nutzen sind dabei insbesondere die Möglichkeiten der Digitalisierung.

Was die FDP möglich macht:

- Die Verkehrssysteme sind zu vernetzen. Auf digitalen Plattformen wie Apps sollen Bernerinnen und Berner den lokalen, regionalen und überregionalen ÖV kombinieren können mit CarSharing-Angeboten sowie Velo- und (E)Trotti-Verleih.
- Mehr Park und Ride mit entsprechender Anbindung an den städtischen ÖV, verbunden mit einem digitalen Parkplatzmanagement (Suchen und Bezahlen via App, inklusive Ticket für ÖV).
- Förderung der E-Mobilität mit einem flächendeckenden Netz an Ladestellen (Siehe auch Positionspapier der FDP Urban «Mehr Elektromobilität für die Stadt der Zukunft»)
- Förderung des Langsamverkehrs mittels Entflechtung der «Trassen», nicht nur des MIV, sondern auch des ÖV. Gemischte Zonen sind im Interesse der (älteren) Fussgängerinnen und Fussgänger zu vermeiden.

7. Planung, Energie und Umwelt

«Die resiliente Stadt ist die Stadt der Vielfalt. Die öffentlichen Straßen sind ihre Lebensadern. Der öffentliche Raum ist der Sozialraum unserer Demokratie, wir dürfen ihn nicht einfach sterben lassen, sondern müssen uns im Gegenteil bemühen, ihn mit seinen Straßenfassaden als öffentlichen »Wohnraum« zu gestalten. Zu diesem sozialen Raum gehört, dass er zugänglich ist für Leute, die zu Fuß laufen, die mit dem Fahrrad, E-Scooter oder Pkw fahren. Alles muss möglich sein, Spaziergänge, der Kinobesuch, auch kleine Betriebe zu eröffnen und vor allem, dort zu wohnen. So wie früher. Wir müssen zur Normalität zurück, wie wir sie aus den Gründerzeitvierteln kennen, die die Gesellschaft heute als die beliebtesten Quartiere schätzt.»

So beschreibt der deutsche Architekt und Städtebaudozent Christoph Mäckler sein Städteideal in einem Interview im «Spiegel». Angesichts der durch Corona noch beschleunigten Entleerung der Shopping- und Büro-Innenstädte sind diese Gedanken von höchster Aktualität. Es gilt, die «Innenstadt 2.0» zu planen, die dem beschleunigten Wandel vom Laden- zum Online-Shopping Rechnung trägt und die nach Büro- und Ladenschluss nicht zur menschenleeren Betonwüste verkommt. Dazu braucht es, wie von Mäckler beschrieben, den richtigen Mix aus Wohnen, Arbeiten, Kultur, Gastronomie und Einkaufen. Auf diesen Mix hin ist die Raumplanung auszurichten. Die Stadt kann aber nur leben und funktionieren, wenn die Behörden entsprechende Freiräume zulassen und nicht jeden Quadratmeter reglementieren oder ausschliesslich mit amtlich bewilligten Möbeln dekorieren.

Eine gewisse Nutzungs- und Lärmtoleranz ist in dieser Stadt unabdingbar. Auf der anderen Seite bietet sie sowohl den Anwohnerinnen als auch den Gästen höhere Sicherheit, weil es kaum mehr menschenleere Strassen geben wird und weil sich auch Unsicherheits-Hotspots wie die Grosse Schanze oder das Reitschulareal nach denselben Prinzipien beleben lassen.

Die «(Innen)Stadt 2.0» ist eine grüne Stadt, die Lebensqualität und Klimaschutz unter einen Hut bringt. Dazu braucht es nicht primär deklamatorische Netto-Null-Ziele, sondern konkrete Entscheide und Handlungen. Zu nennen sind etwa intelligent vernetzte Verkehrsmittel und flächendeckende Ladestationen für Elektrofahrzeuge (siehe Kapitel «Verkehr»). Konsequenter auszubauen ist das Fernwärmenetz. Für die Biodiversität und gegen die Erwärmung braucht es möglichst viel begrünte Flächen. Statt teure und personalintensive Mitmachkampagnen zur Begrünung von Privatbalkonen zu lancieren, soll die Stadt besser die Dächer der eigenen Liegenschaften und die ÖV-Haltstellen begrünen.

Was die FDP möglich macht:

- Eine ebenso lebendige wie sichere Innenstadt, wo die Leute arbeiten, leben, konsumieren und geniessen können.
- Eine Bauordnung, die Bewilligungsverfahren verschlankt sowie verdichtetes und höheres Bauen zulässt.
- Überdeckte Autobahnen und Bahngleise zwecks Gewinnung von Wohn- und Lebensraum.
- Eine konsequente Begrünung von Dachflächen und ÖV-Haltstellen.
- Digital vernetzte und umweltfreundliche (private und öffentliche) Verkehrsmittel.
- Eine moderne (Verkehrs)Logistik, die die Zuliefertrouten vernetzt und digital steuert und den engen Raum insbesondere in der Innenstadt optimal nutzt.
- Städtebauliche Akzente als Attraktion für Einheimische und Gäste. Braucht es wirklich die Fusion mit Ostermündigen, damit Bern ein richtiges Hochhaus bekommt?

8. Digitalisierung

Die Digitalisierung ist in aller Munde, und häufig verkommt sie zum reinen Schlagwort. Für uns Freisinnige hat die Digitalisierung keinen Wert per se. Aber sie kann Instrumente und Methoden zur Verfügung stellen, die Prozesse optimieren – die also Dienstleistungen besser, schneller und effizienter werden lassen. Wo sie das kann, ist sie konsequent einzusetzen und voranzutreiben. Die FDP unterstützt daher alle Digitalisierungsprojekte, die einen konkreten Nutzen für die Bevölkerung und eine höhere Effizienz versprechen.

Was die FDP möglich macht:

- Den digitalen Behördenschalter als zentrale Anlaufstelle für alle Dienstleistungen und Behördengänge. Dieser «Guichet virtuel» ist rund um die Uhr offen und idealerweise verknüpft mit den digitalen Dienstleistungen von Kanton und Bund.
- Die intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln und -systemen (siehe Kapitel «Verkehr» und «Planung, Energie und Umwelt»).
- Die einfachere Beteiligung an politischen Prozessen: niederschwelliger Behördenkontakt, digitale Partizipation im Sinne einer «E-Vernehmlassung» in Quartieren und in der ganzen Stadt, digitale Ausübung der politischen Rechte (E-Collecting und E-Voting sind zwar Bundessache in der Gesetzgebung und kantonale Sache in der Umsetzung, aber die Stadt kann sich als Labor für Versuche zur Verfügung stellen und die digitale Demokratie einfordern).
- Die konsequente Förderung von Technologien, die die digitalen Dienstleistungen unterstützen – insbesondere schnelles und leistungsstarkes Internet.

9. Politik für Menschen, die vorwärtskommen wollen

Unsere Stadt Bern, die Stadt, die wir hier beschrieben haben, ist lebenswert, lebendig, offen, zukunftsgerichtet. Sie ist eine Stadt der Chancen und Möglichkeiten. Sie ist eine Stadt für alle Menschen, die diese Chancen und Möglichkeiten packen wollen.

Sie ist eine Stadt für Menschen, die hier

-  **spannende und zukunftsgerichtete Jobs im privaten und öffentlichen Sektor ebenso finden wie die Freiräume für ihr Start-up oder ihr KMU.**
-  **attraktiven Wohnraum zu vernünftigen Preisen finden, sei es als Miet- oder Eigentumswohnung.**
-  **ihre Kinder gerne in die starke öffentliche Schule mit ausgebautem schulexternem Betreuungsangebot schicken.**
-  **dank attraktiven Arbeits- und Rahmenbedingungen Familie und Beruf besser vereinbaren können.**

- ✔ von einer intelligenten und vernetzten Verkehrsinfrastruktur profitieren
- ✔ ein reichhaltiges kulturelles und gastronomisches Angebot geniessen können.
- ✔ die Grundlage für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Zukunft für die kommenden Generationen schaffen wollen.
- ✔ vielleicht sogar gerne Steuern zahlen, weil sie wissen, dass sie dafür gute und effiziente Dienstleistungen erhalten.

modern **frei** ökologische Wirtschaft **Gemeinsinn**
nachhaltige Innovation **möglichmachen**
freiheitlich **liberal** fair **respektvoll**
für und miteinander **menschlich** **kompromissfähig** **freiheitsliebend**
integrativ
wirtschaftsfreundlich **lösungsorientiert**

René Lenzin
unter Mitarbeit der Parteileitung
und der Stadtratsfraktion

Impressum

FDP.Die Liberalen Stadt Bern
Neuengasse 20
3011 Bern
info@fdp-stadtbern.ch
www.fdp-stadtbern.ch

Gestaltung: Patrick Helfer

Dezember 2021,
gedruckt in der Region Bern.

Jetzt Mitglied werden!



www.fdp-stadtbern.ch

innovativ ✓ konstruktiv ✓ progressiv ✓